



**Achtung:
Europa
in Gefahr**

**Ein soziales Europa
geht anders!**

gerecht-
geht-
anders.de





GEMEINSAM FÜR GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE

Erst Irland und Griechenland, dann Portugal und Spanien, jetzt Italien und Frankreich. Am Ende, so scheint es, bleiben nur noch die deutschen Steuerzahler und -zahlerinnen als Melkkühe Europas. Und das, weil angeblich alle anderen schlecht gewirtschaftet und zu viele Schulden gemacht haben.

Länder als Spielball der Finanzmärkte

Die Schulden sind erst infolge der Finanzkrise überall stark angestiegen. Manche der Euro-Krisenländer galten vor der Krise sogar als Musterländer: Spanien und Irland hatten viel weniger Schulden als etwa Deutschland. Sie hatten die Euro-Stabilitätsvorgaben sogar deutlich übererfüllt.

Jetzt picken sich die Spekulanten und Finanzakrobaten ein Land nach dem anderen heraus. Sie treiben die Zinsen für frisches Geld hoch. Und die Ratingagenturen

senken den Daumen. So gerät ein Land nach dem anderen in den Abwärts-Strudel.



Die Beschäftigten in Südeuropa haben ebenso wenig über ihre Verhältnisse gelebt wie wir.

Überall sollen jetzt die Beschäftigten und ihre Familien für die Krise der Zocker zahlen. Aber die Kolleginnen und Kollegen in Griechenland oder Spanien haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Genauso wenig wie wir. Überall haben die Beschäftigten ein immer kleineres Stück vom wachsenden Einkommens-Kuchen abbekommen.

Verlorene Generation

Rabiate Kürzungen reißen die Krisenländer nur noch tiefer in den Strudel. Die Wirtschaft schrumpft weiter, die Arbeitslosigkeit steigt und die Steuereinnahmen sinken. Am schlimmsten ist es für Jugend-

liche, die keine Perspektive sehen können. Sie finden nirgends Beschäftigung und gelten auch noch als faule Südländer.



In vielen Ländern Europas ist ein Drittel oder sogar die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos.

Kurswechsel für Europa

Wehren wir uns gemeinsam gegen eine Politik, die den notwendigen Kurswechsel verweigert. Undemokratisch, hinter verschlossenen Türen und angeführt von der

eisernen Euro-Lady Merkel kürzen uns die politisch Verantwortlichen in den Abgrund. Gerät ein Land ins Visier der Finanzinvestoren, folgt die Politik dem Diktat der Kapitalmärkte. Dann regiert der Rotstift.

Es gibt Alternativen zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung: Demokratie und soziale Gerechtigkeit statt Herrschaft der Finanzinvestoren, Banken und großen Konzerne. Statt die Profiteure der Krise weiter zu hätscheln müssen sie endlich zur Kasse gebeten und die Finanzmärkte künftig strikt reguliert werden.





FAULE SÜDEUROPÄER?

Kanzlerin Merkel sagte, es sei wichtig, „dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig gleich anstrengen“. Entweder weiß sie es nicht besser oder sie schürt bewusst Vorurteile gegenüber angeblich faulen Südeuropäern. Beides ist unentschuldigbar.

Dichtung und Wahrheit

Krankenschwestern, Feuerwehrleute oder Ingenieure leisten in Südeuropa genauso engagiert ihre Arbeit wie Beschäftigte in Nordeuropa. Und sie arbeiten auch nicht weniger: Durchschnittlich liegt die Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland, Spa-

nien, Griechenland und Portugal zwischen 40 und 41 Stunden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in Südeuropa haben auch nicht grenzenlos Urlaub. Im Gegenteil: Der tarifvertragliche Jahresurlaub liegt in Deutschland bei 30 Tagen, in Spanien bei 22 und in Griechenland bei 23 Tagen. Werden Urlaubs- und Feiertage berücksichtigt, liegen die tatsächlichen Arbeitszeiten pro Jahr in allen Krisenländern höher als in Deutschland.

Rente mit 100 in Europa?

Das gesetzliche Renteneintrittsalter beträgt in den meisten Ländern heute noch 65 Jahre. In einigen Ländern können langjährig Versicherte auch früher gehen. Entscheidend ist aber, wann Menschen tatsächlich gehen – weil sie nicht mehr können oder keinen Job finden.

Beschäftigte in Südeuropa arbeiten in Vollzeit ebenso wie in Deutschland 40 bis 41 Stunden pro Woche.





Trotz Massenarbeitslosigkeit will Kanzlerin Merkel die Beschäftigten in ganz Europa länger arbeiten lassen.

In Spanien, Griechenland und Deutschland arbeiten Männer fast exakt gleich lang bis knapp 62 Jahre. Frauen arbeiten in Spanien länger und hören in Griechenland früher auf. Am längsten arbeiten Männer wie Frauen in Portugal. Eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 oder sogar noch höher ist in

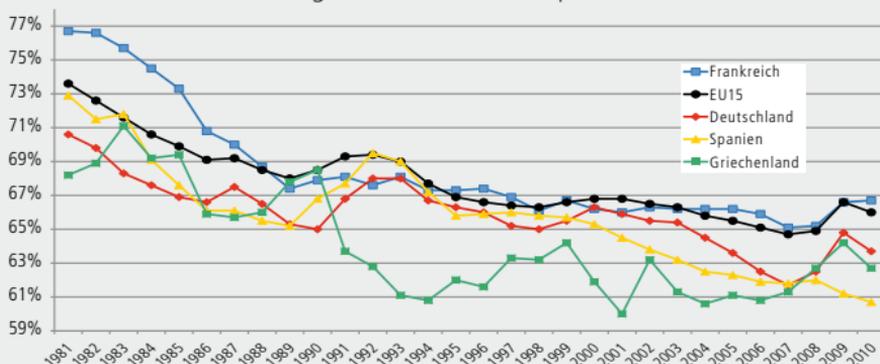
Südeuropa ebenso ein politischer Skandal wie bei uns.

Verständliche Gegenwehr

Rentenkürzungen, drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer, Massentlassungen – das soll Südeuropa aus der Krise helfen? In Griechenland sind allein im Jahr 2010 die Reallöhne pro Kopf um acht Prozent gesunken, in Spanien „nur“ um zwei. Kein Wunder, dass unsere Kolleginnen und Kollegen sich wehren.

Rückgang der Lohnquoten

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



In ganz Europa ist der Anteil der Löhne an der produzierten Wertschöpfung seit den 1980er Jahren gesunken, der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen gestiegen. Im letzten Jahrzehnt war die Umverteilung in Deutschland besonders krass.

Quelle: Europäische Kommission



VERSCHWENDERISCHE STAATEN?

„Die leben über ihre Verhältnisse – und wir sollen nun helfen?“ So wird Stimmung gemacht, um möglichst harte Kürzungsaufgaben gegen die Krisenländer zu begründen. Die Regierungen in Athen, Rom, Madrid und Lissabon werfen angeblich das Geld zum Fenster raus. Die Südeuropäer ließen es sich auf Kosten immer höherer Schulden gut gehen.

Alles im Rahmen

Bis zur Krise lagen die Staatsquoten – also die Staatsausgaben gemessen an der Wirtschaftsleistung – in den südeuropäischen Ländern im Schnitt sogar unter denen der Euro-Länder. In Griechenland lag sie kurz vor der Krise noch unter der ohnehin niedrigen deutschen.

Erst im Zuge der Krise stiegen die Staatsquoten überall deutlich an. Das fand auch den Beifall der EU. Expansive Staatsausgaben waren zur Krisenbekämpfung notwendig und ausdrücklich erwünscht.

Bereits 2010 wurde jedoch die Trendwende eingeleitet. Die Staatsquoten sanken – in Griechenland sogar besonders stark. Durch die verordneten Kürzungen lag sie schon wieder unter dem Durchschnitt der 17 Euro-Länder.



Die angeprangerte „Aufblähung“ des Staatshaushalts ist Folge der Wirtschaftskrise – kein Beleg südeuropäischer Verschwendung.

Auch nach einem aufgeblähten öffentlichen Dienst sucht man vergeblich. Die öffentliche Beschäftigung Italiens lag 2008 mit 14,4 Prozent sogar auf dem extrem niedrigen Niveau Deutschlands. Griechenlands Anteil blieb mit rund 22 Prozent im letzten Jahrzehnt nahezu konstant etwa in Höhe des EU-Durchschnitts.

Einen deutlich höheren Anteil an öffentlich Beschäftigten haben traditionell Frankreich und die skandinavischen Länder. Die öffentliche

Beschäftigung in den südeuropäischen Ländern kann also nicht als Beleg für einen aufgeblähten Staat dienen.



Vermögende müssen stärker zur Kasse gebeten werden – überall.

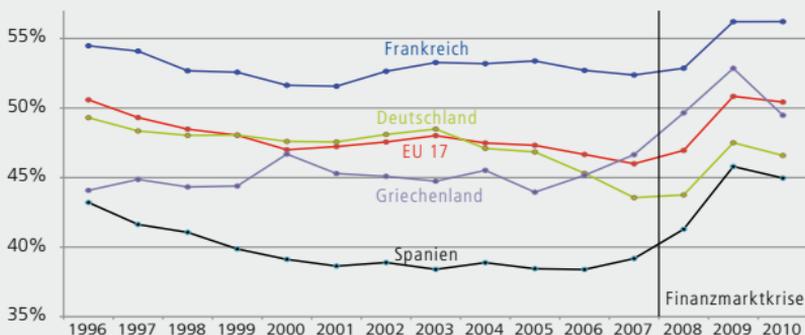
Niedrige Einnahmen als Problem

Die Haushaltsprobleme der südeuropäischen Länder liegen vor allem in zu niedrigen öffentlichen Einnahmen. Damit haben sie ein ähnliches Problem wie Deutschland. Allerdings war etwa in Griechenland der Steuerschleudrian besonders groß. Und die Reichsten genossen auch noch unzählige Steuervorteile.

Regierungen dürfen nicht weiterhin auf Steuereinnahmen verzichten. Sei es, weil Steuerhinterziehung nicht konsequent verfolgt wird. Sei es, weil die Reichen und gutverdienenden Unternehmen steuerlich besonders gehätschelt werden. Sie müssen wie andere Vermögende endlich zur Kasse gebeten werden – überall!

Alles im Rahmen

Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung liegen die Staatsausgaben in den südeuropäischen Ländern noch unter dem europäischen Durchschnitt. Der starke Anstieg 2009 ist durch den krisenbedingten Rückgang der Wirtschaftsleistung bedingt.

Quelle: Europäische Kommission; 2000 ohne UMTS-Einnahmen in Deutschland



ENTFESSELTE FINANZMÄRKTE

Entfesselte Finanzmärkte haben die größte Finanzmarktkrise seit 80 Jahren ausgelöst. Kurz nach dem Ausbruch der Krise forderte Angela Merkel, dass zukünftig kein Finanzprodukt, kein Finanzplatz und kein Finanzinstitut mehr unreguliert sein darf. Grundlegend verändert hat sich aber nichts.

Staaten in Geiselschaft der Finanzmärkte

Jetzt verschärfen die Finanzmärkte die Eurokrise. Die europäischen Staatsfinanzen hängen am Tropf der Kapitalmärkte. Die Staaten müssen immer wieder frisches Geld bei privaten Gläubigern einsammeln, um auslaufende Staatsanleihen durch neue zu ersetzen. Und mit Steuergeld gerettete Banken bestimmen über die Höhe der fälligen Zinsen.

Rating-Agenturen, die vor der Krise für Schrottpapiere Bestnoten vergaben, urteilen heute über die Kreditwürdigkeit Athens, Madrid

oder Lissabons. Spekulanten können mit Kreditausfallversicherungen und Leerverkäufen auf die Pleite einzelner Staaten wetten.



Die Staatsfinanzen hängen am Tropf der Kapitalmärkte.

Sie wetten aber auch auf den Kurs des Euro, Dollar oder Yen. So beeinflussen Zocker die Höhe der Zinsen und Wechselkurse. Damit entscheiden sie mit über die Zukunft von Unternehmen, Staaten und Millionen Jobs.

Irrationale Märkte

Die Märkte für Aktien, Anleihen, Devisen und Derivate sind alles andere als rational. Herdenverhalten ist geradezu ihr Markenzeichen. Die Folge sind immer wiederkehrende Euphorie- und Panikwellen. So entstehen Blasen oder Crashes.

Eine Massenflucht aus Anleihen kann eine Staatspleite auslösen. Der Ausverkauf treibt die Zinsen nach oben. Die Verschuldung steigt. Das ständige Auf und Ab der Kapitalmärkte hat auch Folgen für die Realwirtschaft. Banken passen ihre Kreditvergabe an den Börsenverlauf an. Viele Investitionsentscheidungen hängen davon ab. Die hohe Unsicherheit veranlasst das Management der Unternehmen, sich bei langfristigen Investitionen eher zurückzuhalten.

Darüber hinaus ist unser Finanzsystem weiterhin voller systemischer

Risiken. Finanzinstitute, die zu groß zum Sterben sind, können eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißen.



Finanzmärkte sind irrational. Die Anleger folgen blind der Herde.

Wenn die Investmentbanker der Deutschen Bank im Casino auf die falsche Zahl setzen, dann haften weiterhin die Steuerzahler. Solange die Märkte entfesselt bleiben, treiben sie die Politik weiter vor sich her.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

ausgewählter Euroländer sowie des Vereinigten Königreichs



Spekulation auf den Finanzmärkten hat die Zinsbelastung der südeuropäischen Staaten und Irlands in exorbitante Höhen getrieben und so ihre Krise verschärft.

Quelle: Reuters EcoWin (EcoWin Financial)



GEBURTSFEHLER DES EURO

Ein gemeinsamer Währungsraum funktioniert auf die Dauer nur dann, wenn die nationalen Löhne und Preise nicht auseinanderlaufen. Die Europäische Währungsunion verfügt aber über keine Mechanismen und Institutionen – wie koordinierte Fiskal- und Einkommenspolitik, ausreichendes Transfersystem – um Fehlentwicklungen zu verhindern bzw. sie zu korrigieren. Ein Geburtsfehler!

Löhne und Preise driften auseinander

Seit Einführung des Euro gibt es eine unterschiedliche Lohn- und Preisentwicklung in den Mitgliedsstaaten. In den meisten Ländern Europas stiegen die Löhne deutlich. Dagegen kamen sie in Deutschland, Holland, Finnland und Österreich kaum vom Fleck. Deutschland ist sogar das einzige Land im Euroclub, in dem die Real-löhne in den letzten zehn Jahren gesunken sind.

Früher hätten die Mittelmeerländer ihre Waren durch eine Abwertung ihrer nationalen Währung wieder verbilligen können.



Die schwache deutsche Lohnentwicklung führt zu immer größeren Problemen anderer Euro-Länder.

Seit Gründung der Währungsunion geht das nicht mehr. Die unterschiedliche Lohn- und Preisentwicklung in der Eurozone hatte somit eklatante Folgen für die Handelsströme. Die deutsche Lohn- und Binnenmarktschwäche dämpfte den Import ausländischer Waren. Gleichzeitig verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, so dass die Exporte immer neue Höchststände erreichten. Südeuropa importierte hingegen mehr als es exportierte.

Südeuropa versinkt im Schuldenmeer

Um die Handelsdefizite zu finanzieren, mussten sich die Defizitländer verschulden. Die Kredite kamen aus den Überschussländern. Der deutsche Kapitalexport finanzierte damit die Ausgaben der griechischen, spanischen, portugiesischen und italienischen Konsumenten und Unternehmen.

Die Leistungsbilanzdefizite der Krisenländer haben sich seit Gründung der Währungsunion verdoppelt. Spiegelbildlich haben

sich die Überschüsse Deutschlands, Hollands und Österreichs ebenfalls verdoppelt.

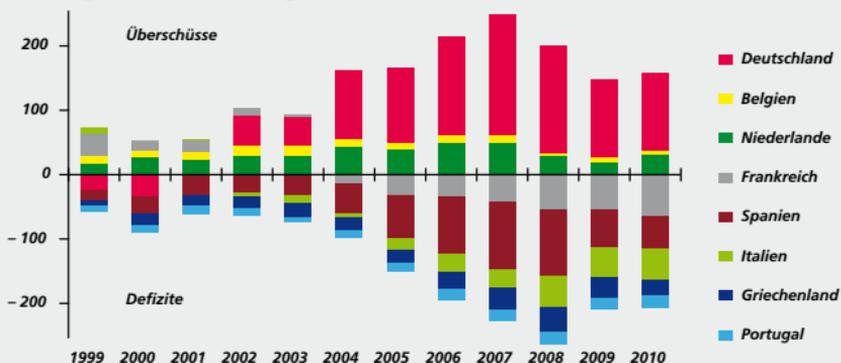


Die Defizite der Krisenländer sind die Kehrseite vor allem der deutschen Überschüsse.

Die aus den angehäuften Leistungsbilanzdefiziten entstandenen Schuldenberge schüren nun Zweifel, ob die Schuldner diese zurückzahlen können.

Handelsungleichgewichte gefährden Europa

Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder in Milliarden Euro



Deutschland ist weiterhin Europameister beim Export.

Doch der Exportüberschuss zieht eine massive Verschuldung anderer europäischer Länder nach sich.

Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)



POLITIK VERSCHÄRFT DIE KRISE

Im Frühjahr 2010 stürzte die Eurozone in die Krise. Seitdem treiben die Finanzmärkte die Politik vor sich her. Als Athen kurz vor der Pleite stand, einigten sich Merkel, Sarkozy und Kollegen nach langem Zögern auf Notkredite. Frische Kredite gab es auf Drängen der deutschen Regierung aber nur gegen extreme Kürzungsaufgaben. Demokratie spielt kaum eine Rolle mehr. Die Menschen in den betroffenen Ländern werden gezwungen auszubaden, was sie nicht verursacht haben. Zu Recht wehren sie sich mit Streiks und Demonstrationen gegen diese Politik.

Spardiktat verschärft die Krise

Das Brüsseler und Berliner Spardiktat lässt den Schuldnerstaaten keine Chance, sich aus der Schuldenfalle zu befreien. Wenn die Wirtschaftsleistung schrumpft, steigt die Arbeitslosigkeit, die Steuereinnahmen sinken und der Schuldenberg wächst weiter. Folglich

ist es nur eine Frage der Zeit, bis Athen, Madrid oder Lissabon kein Geld mehr haben. Dann wäre das nächste Rettungspaket fällig.



Das Berliner und Brüsseler Spardiktat stößt die Schuldnerstaaten immer tiefer in die Krise.

Die deutsche Wirtschaft setzt derzeit weiter auf reine Kostensenkungsstrategien und eine einseitige Exportorientierung. Dadurch werden die ökonomischen Ungleichgewichte im Euroland nicht kleiner – im Gegenteil.

Neoliberale Politik gefährdet Europa

Hinzu kommt die bornierte nationalstaatliche Ausrichtung der Euro-Krisenpolitik. Die herrschenden Kräfte in der EU und vor allem in Deutschland nutzen die Krise, um die Politik der Profitsteigerung, Umverteilung und Privatisierung zu

Lasten der Mehrheit der Bevölkerung in ganz Europa noch radikaler als bisher durchzusetzen. Dabei hat genau diese Politik die Krise hervorgebracht. Und schon dem nächsten Konjunkturereinbruch den Boden bereitet.

Besonders die Bundesregierung hat sich bisher geweigert, zügig notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Erst viel zu spät hat sie Rettungsschirmen zugestimmt. Und nicht um den Griechen zu helfen, sondern um Banken und exportorientierte Unternehmen bei uns zu retten. Die Zeit haben Finanzinstitute und Spekulanten genutzt um beste Geschäfte zu

machen. Das hat die Kosten für die Staaten und die Menschen enorm in die Höhe getrieben.



**Krisenmanagement
im Interesse der
Banken und des
Kapitals gefährdet
ein gemeinsames
Europa.**

Diese Entwicklung führt in vielen Ländern der EU dazu, dass sich immer mehr Menschen von demokratischer Politik und von Europa abwenden. So wird der Nährboden für Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit gelegt. Die politischen Eliten in Europa gefährden die Zukunft der Gemeinschaft.





KURSWECHSEL FÜR EUROPA!

Die Menschen in Europa brauchen eine andere Politik. Finanzmärkte, Banken, Versicherung und Fonds müssen strikt reguliert und kontrolliert werden. Eine Finanztransaktionssteuer muss Spekulation einschränken und Finanzinvestoren zur Kasse fordern.

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss – ähnlich wie in den USA, Japan oder Großbritannien – dafür garantieren, dass die Staaten des Euroraums immer zahlungsfähig sind. Dazu sollte der bereits existierende Rettungsfonds (EFSF) mit einer Banklizenz ausgestattet

werden. Dann könnte er sich in jeder nötigen Höhe und zu niedrigen Zinsen Geld von der EZB besorgen und damit Staatsanleihen der Euro-Staaten aufkaufen. In Not geratene Staaten erhielten so die erforderlichen finanziellen Mittel. Und die Staatsfinanzen wären der Spekulation an den Finanzmärkten entzogen.

Europa solidarisch umbauen

Wachsende Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen müssen verhindert werden. Dazu ist eine Koordination der Einkommensentwicklung, der Steuern und



Staatsausgaben notwendig. Doch diese Politik muss demokratisch in den Staaten und im Europäischen Parlament entschieden werden und nicht per Diktat der Mächtigsten.

Eine gemeinsame Währung erfordert eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung. Der Süden Europas braucht eine Art „Marshallplan“, ein europäisch gestütztes und koordiniertes Aufbauprogramm. Statt die Länder kaputt zu sparen und öffentliche Infrastruktur und Unternehmen an internationale Konzerne zu verhöckern.

Statt das deutsche Lohn- und Sozialdumping ganz Europa aufzuzwingen, müssen in Deutschland die Löhne wieder kontinuierlich und viel stärker als in den vergangenen 15 Jahren steigen. Mehr Sozialstaat, öffentliche Beschäftigung und Investitionen sind nötig. Ein europäischer New Deal für einen sozial-ökologischen Umbau. Für Wohlstand, Abbau der Arbeitslosigkeit und eine bessere Zukunft, an der alle teilhaben und die nicht auf Kosten der Natur geht.

Demokratie und Sozialstaat

Zur Finanzierung müssen die Profiteure der Umverteilung und Verursacher der Krise herangezogen werden. Notwendig sind hohe Abgaben auf große Vermögen. Unternehmensgewinne und Kapitalerträge müssen europaweit vollständig und stärker besteuert und Steuerflucht und Wirtschaftskriminalität bekämpft werden. Der Steuersenkungswettbewerb muss ein Ende haben.



Europa muss demokratisch und sozial werden, oder es wird scheitern!

In Europa dürfen nicht mehr die Interessen der Banken und internationalen Unternehmen, der Vermögensbesitzer und Finanzinvestoren im Mittelpunkt stehen. Nicht die Freiheiten des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs dürfen ganz oben stehen. Vorrang müssen die Grundrechte und Interessen der Menschen, die Demokratie und der Sozialstaat haben.



Beitrittserklärung

Fax 030-6956-3070

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Bereich Wirtschaftspolitik, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab: _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon _____

E-Mail _____ Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamter/in DO-Angestellte/r

Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis _____

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____

Schüler/in-Student/in bis _____

Praktikant/in bis _____

Altersteilzeit bis _____

Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Tarifvertrag/Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgr. _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelm. monatl. Bruttoverdienst Euro _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

monatl. halbjähr. vierteljährl. jährlich

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen.

* (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Personalnummer (nur für Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren) _____

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmemberschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Datum _____ Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____